

Februar 2007

Valentin Merkelbach

Hamburgs CDU plant ein zweigliedriges Schulsystem

Nach der Veröffentlichung der zweiten Ländervergleichsstudie PISA 2003 im Jahr 2005 waren alle Länderministerien mit den seit PISA 2000 eingeleiteten Maßnahmen zufrieden, bis auf Hamburg. Dort gab die Bildungssenatorin, Alexandra Dinges-Dierig, in einer Pressmeldung vom 3.11.05 angesichts einer „Risikogruppe“ im Kompetenzbereich Mathematik von 29,1 Prozent zu bedenken, ob die hohe Anzahl von Schulformen in der Sekundarstufe I den Herausforderungen an das Bildungssystem künftig noch gerecht werden könne. Die Stadt hält den Spitzenplatz der gegliederten Systeme der Bundesländer. Neben Gymnasium, Haupt-, Real- und Gesamtschule gibt es noch eine Integrierte Haupt- und Realschule. Besonders nachdenklich stimmte die Hamburger Schulbehörde offensichtlich die seit PISA 2000 besonders erfolgreichen neuen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die sich nach der Wende für ein zweigliedriges Schulsystem entschieden hatten.

Eckpunkte des Plans

Was die Bildungssenatorin zu bedenken gab, hat inzwischen in einem Plan der Hamburger CDU die Gestalt eines zweigliedrigen Systems angenommen, in dem es neben dem Gymnasium nur noch eine Schulform, die Stadtteilschule, gibt, in der die vier nichtgymnasialen Schulformen aufgehen sollen. Im Einzelnen sieht der Plan vor:

Am Ende der vierjährigen Grundschule schreiben die Kinder einen Test. Die Lehrer/innen führen mit den Eltern Beratungsgespräche und danach entscheiden die Eltern, ob sie ihr Kind an einer Stadtteilschule oder an einem Gymnasium anmelden.

Das Gymnasium führt in acht Jahren zum Abitur. Bis zum Ende der Klasse 6 können Schüler/innen zwischen der Stadtteilschule und dem Gymnasium wechseln. Danach entscheidet das Gymnasium, wer bleiben darf und wer gehen muss.

Nach der 9.Klasse gibt es an beiden Schulformen den ersten und nach der 10. Klasse den Mittleren Bildungsabschluss. Die Abschlüsse entsprechen dem Hauptschul- bzw. dem Realschulabschluss.

In der Stadtteilschule, in die auch die beruflichen Gymnasien und die Abendgymnasien integriert werden sollen, kann man nach dem ersten und dem Mittleren Bildungsabschluss nach Klasse 12 die Fachhochschulreife erlangen und am Ende von Klasse 13 das Abitur. Schwache Schüler/innen bleiben nicht mehr sitzen, sondern werden individuell gefördert (ZEIT, 18.1.07, S.34).

„Bei Weitem das intelligenteste Konzept“

In einem ZEIT-Interview vom 18.1.07 fragt Martin Spiewak den Bildungshistoriker Heinz-Elmar Tenorth, ob sich mit diesem Hamburger Schulplan nicht nach Jahrzehnten des Streits um die Schulstruktur „ein historischer Kompromiss“ anbahne. Tenorths Antwort:

Das könnte durchaus sein. Ich war sehr angetan, als ich das Papier der Hamburger CDU las. Es ist bei Weitem das intelligenteste Konzept, das mir seit langem zu diesem in Deutschland so quälenden Thema begegnet ist.

Da die Stadtteilschule die Möglichkeit zum Abitur eröffne, werde die unterschiedliche Wertigkeit – „hier das Gymnasium für die zukünftigen Akademiker, dort die anderen Schulformen für die praktischen Berufe – zumindest abgemildert“. Funktional hebe die Hamburger CDU „die Mehrgliedrigkeit sogar auf, und zwar ohne das Gymnasium abzuschaffen“. Das ist für Tenorth das besonders Intelligente an dem Plan. Er schreibe den Eltern nicht vor, ihr Kind auf eine „Einheitsschule“ zu schicken. Es bliebe zwar bei der frühen Auslese am Ende von Klasse 4, doch das könne leichter korrigiert werden als in der jetzigen Haupt- und Realschule. Es sei schon viel erreicht, wenn die Stadtteilschulen in schwierigen Vierteln in einem anregungsreicheren Lernmilieu es schafften, „dass alle Schulabgänger so lesen, rechnen und schreiben könnten, wie es für eine Berufsausbildung nötig“ sei. Genau daran mangle es ja vielen Hauptschüler/innen. In den eher bürgerlichen Quartieren könnten Lehrer/innen der neuen Schule darüber hinaus möglichst viele Jugendliche zum Mittleren Abschluss oder gar zum Abitur führen.

Da bei sinkenden Schülerzahlen es für den Staat immer schwerer wird, ein mehrgliedriges System wohnortnah zu finanzieren, stellt Spiewak die Frage, warum wir dann nicht gleich die „Einheitsschule“ schaffen, die international fast die Regel sei. Die Frage provoziert den Bildungshistoriker zu einem differenzierten Statement:

In kaum einem Land gehen nach Tenorth Schüler/innen „unabhängig von Herkunft und Leistung“ tatsächlich alle auf *eine* Schule. Auch in Ländern mit einem „Einheitsschulsystem“ gebe es für die Privilegierten „separate Bildungswege“: in Frankreich die katholischen Lyzeen, in England die Internate und in den USA die teuren Privatschulen. Nur in Skandinavien sei es anders. Dort akzeptierte eben die Gesellschaft die „Einheitsschule“. In Deutschland hingegen sei das Gymnasium „von je her stark im Bewusstsein des Bürgertums verankert“.

Bildung war für das deutsche Bürgertum stärker als anderswo Privileg und Besitz, die es zu verteidigen galt. Traditionell hatten wir ein Zweiklassensystem. Das Bürgertum schickte die Kinder erst auf private Vorschulen und dann aufs Gymnasium mit dem Ziel einer akademischen Profession. Der Rest der Bevölkerung ging auf die Volksschule und ergriff einen praktischen Beruf. Erst die Weimarer Republik führte das gemeinsame Lernen bis Klasse vier ein.

Die gemeinsame Grundschule (1920) sei für die bürgerlichen Eltern „ein Schock“ gewesen, der lange nachwirkte, und danach hieß es „Bis hierher und nicht weiter“, woran weder die Amerikaner nach 1945 noch die Reformen der 1970er Jahre mit der Gesamtschule etwas ändern konnten.

Auf Spiewaks Frage, ob er als „Experte der Geschichte der Bildungsreformen“ angesichts der aktuellen Neuerungen optimistisch oder pessimistisch sei, antwortet Tenorth abschließend:

Ich bin nach allen historischen Erfahrungen nur dann optimistisch, wenn der Staat sich aus der Schule weitgehend heraushält. Konkret sollte er sich darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu sichern, Leistungsstandards für die Fächer vorzugeben und diese drei-, viermal im Laufe einer Schulkarriere zu überprüfen. Alles andere sollte er Lehrern und Eltern überlassen.

Eine wirklich Autonomie bei den Finanzen, dem Personal oder den Lehrplänen haben die Schulen immer noch nicht. Gleichzeitig zieht der Staat zurzeit die Daumenschrauben an. Neben den Standards gibt es Vergleichsarbeiten, Schulinspektionen, alle möglichen Berichtspflichten. Das Misstrauen und das Kontrollsystem erinnern ja fast schon an die DDR.

Der hierarchische Kern des Plans

Der Hamburger Schulplan ist als Antwort einer CDU-Regierung auf die nicht erst durch PISA bekannt gewordenen Leistungsschwäche und die soziale Selektion unseres vielfältig gegliederten Schulsystems indertat ein respektables Dokument, besonders im Vergleich mit Reaktionen anderer, ehemals SPD-regierter Bundesländer wie Hessen und NRW, mit einem hohen Anteil an Gesamtschulen und den dadurch eskalierenden Problemen an eigenständigen Hauptschulen. Die Stadtteilschule neben dem Gymnasium ist, da sie alle Abschlüsse, einschließlich Fachhochschulreife und Abitur, nicht nur offen hält, sondern selbst anbietet und dabei sogar schwache Schüler/innen nicht mehr sitzen lassen, sondern individuelle fördern soll, mehr als die alte Volksschule, in der sich lange Zeit ja auch alle versammelten, die für das Gymnasium nicht in Betracht kamen.

Wie kann man sich die Umsetzung des Plans vorstellen? Für die Stadtteilschulen werden ja keine neuen Gebäude errichtet, sondern alle Schulen, die genügend Schüler/innen haben, also ausgelastet sind, heißen nun einfach Stadtteilschulen, an denen weiterhin vor allem *die* Kinder angemeldet werden, die vorher in die vier nichtgymnasialen Schulformen gingen. Es wird also Stadtteilschulen geben, die vorher Hauptschulen, Realschulen oder Gesamtschulen waren, mit den bisherigen Kollegien, die jetzt den Auftrag erhalten, alle Schüler/innen mindestens bis zum ersten Bildungsabschluss zu behalten und einen möglichst großen Teil zu den drei folgenden Abschlüssen zu führen. Dabei sollen sie auf die alten Sortierungsinstrumente der Nichtversetzung und der Abschulung verzichten; denn es gibt ja nur noch die Sonderschule als „Entlastungsschule“.

Unter den neuen Stadtteilschulen wird es - bei einem Schüler/innen-Anteil von 25,4 Prozent - zahlreiche Integrierte Gesamtschulen geben, die jetzt im neuen Konzept nicht mehr mit E/G- oder A/F/B-Differenzierung das dreigliedrige System abbilden müssen und erstmals ihr ursprüngliches integrierendes Konzept in allen Fachbereichen realisieren können.

Die Stadtteilschule kann sich, wenn sie, wie es der Plan verspricht, in schwierigen Stadtteilen genügend staatlich Unterstützung erfährt, von den Rahmenbedingungen her zu dem entwickeln, was zahlreiche deutsche Reformschulen, ganz überwiegend Integrierte Gesamtschulen, längst praktizieren: eine andere Lernkultur, die erfolgreich auf individuelles Fördern und gemeinsames Lernen setzt und auf Formen der Ausgrenzung verzichtet, - Schulen, in denen auch Modelle der Integration von Kinder mit und ohne Behinderungen entwickelt worden sind.

Das große Handicap dieser integriert arbeitenden Stadtteilschule ist, dass sie keine Schule für alle ist, dass sie mit der frühen Auslese nach Klasse 4 leben muss, bei der die Leistungsstarken aus überwiegend bildungsorientierten Elternhäusern weiterhin auf die „höhere Schule“ gehen und dadurch das Anregungsniveau der Lerngruppen an Stadtteilschulen gesenkt wird.

Tenorth sieht nun mit Blick auf die Geschichte der deutschen Schulreformen die besondere Intelligenz des Plans gerade darin, dass er Eltern nicht vorschreibt, ihr Kind auf eine „Einheitsschule“ schicken zu müssen. Er hält das „Bis hierher und nicht weiter“ bürgerlicher

Eltern nach Einführung der gemeinsamen Grundschule für eine nach wie vor unüberwindliche Barriere, die errichtet wird, sobald Modelle gemeinsamen Lernens über die Grundschule hinaus das Gymnasium der Sekundarstufe I in Frage stellen.

Die besondere Chance der Stadtteilschule, „ihr Angebot auf die Bedürfnisse der Schüler ihres Viertels einstellen“ zu können, ist für Tenorth zugleich die größte Herausforderung der neuen Schulform; denn deutsche Lehrer/innen kämen „mit Leistungsunterschieden zwischen den Schülern nicht gut zurecht, die Grundschulpädagogen ausgenommen“. Sie bevorzugten „den Lernzuwachs im Gleichschritt“. Nur haben Grundschulpädagogen das individuelle Fördern in heterogenen Gruppen auch lernen müssen und in guten Grundschulen, aber auch in Reformschulen der Sekundarstufe, kann man besichtigen, wie das geht. Dieser größten Herausforderung werden sich, wie Tenorth zu recht prognostiziert, die Stadtteilschulen stellen müssen, wenn sie nicht zu „besseren Hauptschulen“ werden wollen und die Eltern der jetzigen Realschüler/innen dann alles versuchen werden, ihre Kinder auf Gymnasien unterzubringen.

Doch genau diese Herausforderung, und das ist für Tenorth kein Thema, bleibt den Gymnasien erspart. Sie werden schon von der Grundschule die überwiegend Leistungsstarken aufnehmen und werden, laut Plan, am Ende der Klasse 6 noch einmal „falsche Schüler/innen“ aussortieren können, die dann von den Stadtteilschulen mit den überwiegend Leistungsschwächeren integriert werden müssen. Dieses Privileg, die Heterogenität ihrer Lerngruppen auf Kosten anderer reduzieren zu können, wird Gymnasien schon vom System her daran hindern, die volle Verantwortung für ihre Schüler/innen zu übernehmen und wird sie nicht ermuntern, ohne das Instrument der Abschulung eine andere, auf individueller Förderung basierende Lernkultur zu entwickeln, - und das zumindest solange, als sie genügend Schüler/innen zur Auswahl haben, was in der Konkurrenz zu den Stadtteilschulen auf nicht absehbare Zeit so bleiben dürfte.

Wenn Tenorth auf die Frage, warum wir nicht gleich die „Einheitsschule“ einführen und uns am internationalen Standard orientieren, auf die Möglichkeiten für die Privilegierten verweist, auch in Ländern mit einem „Einheitsschulsystem“ „separate Bildungswege“ ausfindig zu machen, so trifft das ja nicht nur auf Verhältnisse in Frankreich, England oder in den USA zu. In der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden z.B. gibt es unter den acht Gymnasien von 5 bis 12 zwei staatlich anerkannte Privatschulen, dazu eine Freie Waldorfschule und demnächst sogar neben den fünf integrierten Gesamtschulen eine private IGS. Was für die Sekundarstufe gilt, zeigt sich bereits in der Primarstufe mit privaten Grundschulen als quasi modernen „Vorschulen“ auf dem direkten Weg zum Gymnasium.

Die Privilegierten sind also auch bei uns schon gut versorgt mit „separaten Bildungswegen“, wenn sie die staatliche Schule für ihre Kinder vermeiden wollen. Es ist dies also kein Grund, am deutschen Sonderweg eines hierarchisch gegliederten Systems, mit dem Gymnasium als der höherwertigen Schule, festzuhalten. Der Grund ist ja auch, worauf Tenorth hinweist, ein anderer und er wird bestätigt von Ernst Rösner vom Dortmunder Institut für Schulentwicklungsforschung, der wohl wie kein anderer die Strukturdebatten in den einzelnen Bundesländern kennt. In einem Interview auf den Hamburger Plan angesprochen und da besonders auf die Tatsache, dass das Gymnasium darin unangetastet bleibe, verweist Rösner darauf, dass in den meisten Debatten um Schulstrukturfragen das Gymnasium außen vor bleibt, was er bedauere, aber verstehen könne. Er sei zwar überzeugt davon, „dass man Kinder nicht bereits nach der Grundschule auf unterschiedliche Bildungsgänge verteilen sollte“, sehe andererseits aber, „dass es vor allem in Großstädten ein unglaublicher Kraftaufwand“ sei,

„das Gymnasium in ein Reformkonzept zu integrieren“. Die Widerstände seien „gewaltig“. (Frankfurter Rundschau, 6.2.07, S.37)

Wie kann der „historische Kompromiss“ auch ein fairer werden?

Der Schulplan der Hamburger CDU wird vor der im Frühjahr 2008 stattfindenden Bürgerschaftswahl ein zentrales bildungspolitisches Thema sein. Wie wird die Opposition in der Bürgerschaft auf dieses für Heinz-Elmar Tenorth seit langem „intelligenteste Konzept“ zur Schulstrukturfrage reagieren? Wird sie um den Erhalt der Integrierten Gesamtschule kämpfen, in die in Hamburg zur Zeit ein Viertel der Kinder gehen? Immerhin setzt die CDU mit der Stadtteilschule Rahmenbedingungen, die auch die Gesamtschulen von Fesseln befreien würden und für sie erstmals einen relativ fairen pädagogischen Wettbewerb mit dem Gymnasium ermöglichen. Oder wird die Opposition die Stadtteilschule akzeptieren, dafür aber Bedingungen stellen? Etwa diese:

Auch die Gymnasien sind für die Kinder, die sie von der Grundschule übernehmen, das werden bis auf Weiteres die eher leistungsstarken sein, voll verantwortlich. Sie haben nicht mehr die Möglichkeit, am Ende des 6.Schuljahres Kinder mit Lernproblemen abzuschieben, sondern die Pflicht, sie, wie das von den Stadtteilschulen verlangt wird, wenigstens bis zum ersten Bildungsabschluss nach Klasse 9 individuell zu fördern und dabei auch auf das in aller Regel demütigende und pädagogisch ineffektive Nichtversetzen zu verzichten.

Stadtteilschule und Gymnasium haben, was die Grundqualifikationen betrifft, den gleichen Bildungsanspruch. Die Leistungsstandards, die der Staat vorgibt und die nach Tenorths Vorschlag „drei-, viermal im Laufe einer Schulkarriere“ überprüft werden sollen, sind für beide Schulformen die gleichen Mindeststandards. Die bei den Tests auftretenden Leistungsdifferenzen zwischen Stadtteilschulen und Gymnasien bzw. innerhalb der Schulen einer Schulform dienen der Rückmeldung an die Kollegien zur Überprüfung ihres pädagogischen Programms und sie dienen dem Staat, das Unterstützungssystem für belastete Schulen zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Auch belastete Schulen, - das werden in erster Linie dann Stadtteilschulen mit einem hohen Anteil von Schüler/innen aus bildungsfernen Familien sein, brauchen eine faire Chance, in ihrer Arbeit erfolgreich zu sein. Das bedeutet nicht, die gleichen Ergebnisse zu erzielen wie relativ unbelastete Schulen, wohl aber ihre Schüler/innen nach deren Möglichkeiten so zu fördern, dass sie einen guten Abschluss erreichen

Unter diesen Bedingungen wäre indertat „ein historischer Kompromiss“ der beiden bildungspolitischen Lager denkbar, zumal auch die Grundschule laut Plan nicht mehr sortieren muss, sondern der Test, den die Kinder am Ende der Klasse 4 schreiben, ergänzt wird durch Beratungsgespräche mit den Eltern, die danach sich die Schule, die ihnen für ihr Kind geeignet erscheint, aussuchen können.

Ein solcher Kompromiss intendiert nichts weniger als eine Schule, in der erst am Ende des 9.Schuljahres entschieden wird, wer auch den Mittleren Schulabschluss anstreben oder gar bis zum Abitur weitermachen kann. Die Hamburger Schule wäre so die erste Schule in Deutschland mit Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, dass vom ersten Schultag an keine Zeit und Energie mehr auf das Aussortieren verschwendet werden muss und der individuellen Förderung und dem gemeinsamen Lernen in heterogenen Gruppen vom System her nichts mehr im Wege steht. Schulen, die sich auf diesen Weg machen, werden bei Eltern, auch den von Tenorth als bürgerlich bezeichneten, auf Dauer bessere Chancen haben als solche, die weiterhin den „Lernzuwachs im Gleichschritt“ bevorzugen. Dafür spricht die hohe Akzeptanz

vieler Reformschulen., Die Schulformbezeichnung könnte dann in einem fairen Wettbewerb der Schulen sehr bald an Bedeutung verlieren und der Schulstreit zweier bislang unversöhnlicher Lager seine Brisanz.

Quelle: <http://user.uni-frankfurt.de/~merkelba/>